

Berliner Zeitung vom 02. September 2011

Aufstand der Mieter

Der Widerstand gegen steigende Mietkosten und Vertreibung wächst. Zu einer Demonstration werden morgen Tausende erwartet

Andrea Beyerlein

Die Liste der Unterstützer wurde von Tag zu Tag länger: Weit über 30 Initiativen sind es mittlerweile, die zu einer "Mietenstopp-Demonstration" morgen in Kreuzberg und Neukölln aufrufen. Es sind Mieter- und Kiezgruppen aus den Innenstadtbezirken, aber auch aus Zehlendorf und Alt-Treptow, es sind Gewerkschaftsgruppen, Attac Berlin und viele kleine Gruppierungen bis hin zum Türkisch-Deutschen-Mädchenverein. In den vergangenen Monaten ist eine Bewegung entstanden, die ihrem Unmut über Mietsteigerungen und Verdrängung ärmerer Bevölkerungsschichten aus gewachsenen Berliner Kiezen, gegen die sogenannte Gentrifizierung, gemeinsam Luft machen will.

Die Neuköllner Mieterinitiative "FuldaWeichsel" hat schon alles bestens vorbereitet. Gegen 13 Uhr wollen sich die rund 30 Mieter vor ihrem Haus an der Fuldastraße/Ecke Weichselplatz zu Kaffee und Kuchen treffen. Wenn der Demonstrationszug am Nachmittag das Eckhaus erreicht, soll eine Zwölfjährige aus dem Haus auf den Lautsprecherwagen klettern und erklären, wovor sich die Bewohner fürchten: davor nämlich, was passiert, wenn die Modernisierungsarbeiten an ihrem Haus erst einmal abgeschlossen sind.

Vor einem Jahr hat eine Eigentümergemeinschaft das Eckhaus gekauft. Es wird jetzt energetisch saniert. Balkone werden an-, ein Fahrstuhl eingebaut. Manche, die schon über 20 Jahre dort leben, zahlen noch drei Euro Kaltmiete pro Quadratmeter. Der Preis soll sich nach der Sanierung verdreifachen.

Der Biologe Sven Buchholz wohnt mit Frau und Sohn seit zehn Jahren am Weichselplatz. Der 43-Jährige sagt, er habe gar nichts gegen eine bessere Wärmedämmung und manche der angekündigten Arbeiten. "Aber was die hier vorhaben, nenne ich eine Luxussanierung." Bei seiner Nachbarin solle danach die Miete um 89 Prozent steigen. Der Streit mit den neuen Eigentümern "köchelt gerade hoch", sagt er.

Buchholz und seine Frau sind berufstätig. Sie sind nicht arm. Und doch fürchten sie, dass sie sich die künftigen Mieten nicht leisten können. "Mein Sohn geht hier in die Grundschule.

Meine Eltern wohnen in der Nähe. Ich will hier nicht weg", sagt Buchholz. Schon seit einiger Zeit beobachtet er, dass sich der einstige Problemkiez mit vielen Migrantenfamilien und Hartz-IV-Empfängern wandelt. "Die Mischung hat sich verändert. Plötzlich siehst du immer mehr Deutsche." Wie Buchholz denken viele Nachbarn, wie er wollen auch sie zu der Demo gehen. Früher gab es in dem Mietshaus nur losen Kontakt. "Inzwischen ist hier ein richtiger Zusammenhalt entstanden", sagt Buchholz.

Netzwerk in der Wilhelmstraße

Von ähnlichen Erfahrungen berichtet Klaus Rupprecht aus der Wilhelmstraße 7 in Kreuzberg. Dort gab es neulich ein Hoffest - obwohl es der Vermieter per Aushang verboten hatte. Die elf Mieter des heruntergekommenen Altbaus in bester Innenstadtlage hatten das Fest organisiert.

Mittlerweile gibt es eine Art Netzwerk und regelmäßige Treffen der Bewohner von 23 Häusern, die 1993 vom Land Berlin der damals noch landeseigenen GSW geschenkt wurden. Zu diesen Häusern gehört auch die Wilhelmstraße 7. Damals wurden zwischen Senat und GSW umfassende Sicherungsklauseln zum Schutz der Mieter vereinbart, auch die rasche Modernisierung zu sozialverträglichen Konditionen. Die Mieten sind nur moderat gestiegen und liegen nach Rupprechts Angaben etwa bei drei Euro pro Quadratmeter. Aber repariert wurde an dem Haus nur das Nötigste. "Auf dem Dachboden tropft es in Wannen. Das Wasser läuft in die Wohnungen und die Treppenhäuser."

Der 29-jährige Informatiker wohnt seit sieben Jahren in der Wilhelmstraße. Er zog etwa zu der Zeit ein, als die GSW vom Senat für 405 Millionen Euro an die Fonds-Gesellschaft Cerberus/Whitehall verkauft wurde. Seither seien leere Wohnungen nicht mehr vermietet worden, sagt er. Anfang des Jahres wurde das Haus an eine GmbH und Co KG verkauft. Die hat schon angekündigt, dass Modernisierungen und Mieterhöhungen geplant seien. Einer Wohngemeinschaft, zwei Gewerbemieter und einem Verein wurde gekündigt. Klaus Rupprecht will bleiben und hat sich mit anderen Mietern aus den einstigen GSW-Häusern zur Demonstration verabredet.

Vertreter von Parteien sind bei der Demonstration ausdrücklich nicht erwünscht. Auch der Berliner Mieterverein, mit 150 000 Mitgliedern die größte Mieterorganisation Berlins, steht nicht auf der Unterstützerliste. Man sei nicht angefragt worden und wolle sich nicht aufdrängen, sagt Geschäftsführer Reiner Wild. Die Skepsis gegenüber den Parteien richte sich wohl auch gegen die traditionellen Verbände. Wild selbst will aber hingehen und rechnet mit rund 10 000 Teilnehmern. Die wachsende Zahl von Kiezinitiativen, sagt er, "ist eine neue Bewegung".